

Der Schweizer Umweltschutz im internationalen Vergleich

Zum zweiten Mal wurde von der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unabhängig und im internationalen Vergleich beurteilt, wie die Schweiz in Bezug auf den Umweltschutz dasteht. Ausserdem hat die OECD Empfehlungen für den künftigen Weg abgegeben. Im folgenden Beitrag werden die bisherigen Erfolge und die noch verbleibenden Herausforderungen der Schweiz im Umweltbereich zusammengefasst, wie sie Lorents Lorentsen, Direktor des Umweltdirektorats der OECD im Mai offiziell vorgestellt hat. Fazit ist: Die Schweiz kann in mehreren Umweltbereichen bedeutende Erfolge verbuchen, und das obwohl die Umweltausgaben mit 1,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) nicht sehr hoch sind.

Der Umweltprüfbericht der OECD erörtert die gesamthafte Umweltperformance der Schweiz seit 1998, das heisst die Bemühungen der Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden, aber auch jene der Zivilgesellschaft, also auch der Unternehmen und der Umwelt-NGOs. Zwar tragen die Bemühungen, die seit 1998 zugunsten der Umwelt unternommen wurden, Früchte, und die Schweiz kann in mehreren Umweltbereichen bedeutende Erfolge verbuchen. Dennoch sind weitere Verbesserungen unverzichtbar. Gefordert ist namentlich eine nachhaltigere Nutzung der natürlichen Ressourcen.

Erfolge

Umweltmanagement

Beim SO_x- und NO_x-Ausstoss weist die Schweiz OECD-weit die niedrigste Emissionsintensität auf.

Das Schweizer Trinkwasser ist von hoher Qualität, und der Anschlussgrad der Bevölkerung an eine Abwasserreinigungsanlage ist in der Schweiz mit 97 Prozent der höchste aller OECD-Länder (zum Vergleich: in Deutschland liegt der Anschlussgrad bei 92 Prozent, in den USA bei 71 Prozent, in Frankreich bei 70 Prozent und in Japan bei 64 Prozent).

Die Schweiz verfügt über eine fortschrittliche Abfall- und Lärmschutzpolitik. Auch bei der nachhaltigen Waldwirtschaft wurden beachtliche Fortschritte erzielt.

Nachhaltige Entwicklung

In vielen Bereichen kommt das Verursacherprinzip heute deutlich stärker zur Anwendung. Es werden vermehrt marktwirtschaftliche Instrumente eingesetzt, beispielsweise in der Abfall- und in der Wasserwirtschaft.



Der Verlust an Kulturland und natürlichen Böden schreitet rapide voran. Das Netz der Schutzgebiete müsste erweitert und gestärkt werden.

Quelle: KofU

Inhaltliche Verantwortung:

Isabel Flynn

Redaktorin «Zürcher UmweltPraxis»

Koordinationsstelle für Umweltschutz

Postfach, 8090 Zürich

Telefon 043 259 24 18

isabel.flynn@bd.zh.ch

www.umweltschutz.zh.ch

Eidgenössisches Departement für Umwelt,

Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

Bundesamt für Umwelt BAFU,

3003 Bern

www.bafu.admin.ch → Dokumentation →

Medienmitteilungen → Umweltprüfbericht der OECD

Umweltdaten



Das Schweizer Trinkwasser ist von hoher Qualität, die Erhaltung der aquatischen Ökosysteme erfordert aber weitere Massnahmen.

Quelle: KofU

Vor allem aber hat der Fortschritt im Umweltbereich einen wirtschaftlichen Nutzen bewirkt, etwa im Gesundheitswesen, im Tourismus, in der Ökoindustrie und in der Nahrungsmittelproduktion. Es wurden agrarökologische Massnahmen konzipiert und erfolgreich umgesetzt. Als weitere Meilensteine sind der Aktionsplan Umwelt und Gesundheit sowie das Programm EnergieSchweiz zu nennen.

Internationale Zusammenarbeit

Auf internationaler Ebene nimmt die Schweiz in Umweltfragen eine sehr proaktive Haltung ein. Aufgrund ihrer offenen Wirtschaft und ihrer Lage im Zentrum Europas steht die Schweiz in zahlreichen geografischen und wirtschaftlichen Wechselbeziehungen mit anderen Ländern in Europa und in der ganzen Welt. Die Schweiz hat mehrere multilaterale Umweltabkommen – insbesondere solche, die den Handel betreffen – wirksam umgesetzt, darunter das Protokoll von Montreal über ozonschichtabbauende Stoffe, das Übereinkommen von Washington über gefährdete Arten, das Basler Übereinkommen über gefährliche Abfälle und die OECD-Übereinkommen über Chemikalien. Auch die regionale Zusammenarbeit – etwa in Bezug auf Rhein und Rhone – sowie die Kooperation mit der EU gestalten sich sehr fruchtbar.

Diese Erfolge der Schweiz beruhen auf fest etablierten Umweltbehörden, einer umfassenden Umweltgesetzgebung, einer stark ausgeprägten Umweltdemokratie, auf fachlichem Know-how sowie auf einer aktiven Zusammenarbeit und Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft. Die Umweltausgaben sind zwar mit 1,4 Prozent des BIP nicht sehr hoch, führen aber zu greifbaren Ergebnissen. Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft unter den Bemühungen des Landes leidet, die Verschmutzung einzudämmen.

Herausforderungen

Dennoch sind weitere Verbesserungen möglich. Dazu nennt der Bericht 46

Empfehlungen. Einige sind besonders hervorzuheben: Es müssen vermehrt marktwirtschaftliche Instrumente und ökonomische Analysen eingesetzt werden, und in Wirtschaftszweigen wie Landwirtschaft, Energie, Verkehr und Tourismus, aber auch in der Raumplanung und in der Steuerpolitik gilt es, Umweltanliegen verstärkt zu berücksichtigen. Zwar hat die Schweiz die traditionellen Formen der Verschmutzung gut in den Griff bekommen, aber es besteht noch Handlungsbedarf auf zahlreichen Gebieten, von denen einige mit der Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen im Zusammenhang stehen.

Umweltmanagement

Bei der Luftverschmutzung sind neue gesundheitsschädigende Schadstoffe wie Feinpartikel und Ozon auf dem Vormarsch. In der Wasserwirtschaft müssen die Einzugsgebietenbewirtschaftung und die Erhaltung der aquatischen Ökosysteme (Renaturierungen von Fliessgewässern, Hochwasserschutz, Mindestwassermengen) erheblich weiterentwickelt werden.

Der Biodiversitätsverlust verlangt dringend nach der Erarbeitung und konsequenten Umsetzung einer nationalen Strategie, wie sie durch die Biodiversitätskonvention gefordert wird. Der rapide voranschreitende Verlust an Kulturland und natürlichen Böden erfordert eine Revision des Bundesgesetzes über die Raumplanung. Das Netz der Schutzgebiete muss erweitert, gestärkt und durch zusätzliche Korridore zwischen den Objekten ausgebaut werden. Gegebenenfalls könnten neue Nationalpärke errichtet werden.

Nachhaltige Entwicklung

Die OECD empfiehlt der Schweiz, eine Kommission zu bilden, die Steuern, marktwirtschaftliche Instrumente und Subventionen aus der Sicht der Umwelt evaluiert. Voraussetzung für eine verstärkte Anwendung des Verursacherprinzips ist eine gründliche Prüfung der Notwendigkeit, die Folgen der Luftverschmutzung und der Lärmbelastung auf jene abzuwälzen, die sie hervorrufen.

Ferner sollten insbesondere über marktwirtschaftliche und regulatorische Instrumente nachhaltigere Konsummuster gefördert werden (z. B. im Verkehr, bei der Landnutzung und im Freizeitbereich).

Internationale Zusammenarbeit

Die Schweiz sollte danach streben, ihr internationales Image als umweltbewusstes Land und die damit verbundenen Vorteile zu bewahren. Voraussetzungen dafür sind unter anderem

- die Erfüllung der nationalen Ziele und internationalen Verpflichtungen im Klimabereich und die Einführung der CO₂-Abgabe,
- die baldige Ratifizierung internationaler Übereinkommen (z. B. Übereinkommen von Aarhus und von Espoo sowie die Protokolle der Alpenkonvention) und
- die Stärkung der Umweltkomponente in der öffentlichen Entwicklungshilfe.

Schlussfolgerungen

Die Kernaussagen des OECD-Berichtes sind:

- Die Schweiz hat bemerkenswerte Fortschritte bei der Bekämpfung der Umweltverschmutzung erzielt. Ihre Bilanz zählt OECD-weit zu den besten. Dennoch sind in zahlreichen Themenbereichen auf nationaler Ebene weitere Anstrengungen nötig, etwa bei der Beeinträchtigung der natürlichen Lebensräume und der Artenvielfalt, beim rapiden Verlust von Kulturland und natürlichen Böden und bei der Förderung nachhaltigerer Konsummuster. Auf internationaler Ebene gilt es, das Image des Landes als umweltbewusstes Land und die damit zusammenhängenden Vorteile zu bewahren.
- Die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen setzt voraus, dass die Schweiz in den entsprechenden Politikbereichen vermehrt marktwirtschaftliche Instrumente und ökonomische Analysen einsetzt. Ebenso muss sie auf institutionellem Weg und über die Marktmechanismen dafür sorgen, dass in den betroffenen Wirtschaftssektoren wie Energie, Verkehr, Landwirtschaft, Tourismus sowie in der Landnutzung die Umweltanliegen verstärkt berücksichtigt werden.